

Kern: Maßnahmen fürs neue Schuljahr sind unzureichend

Pläne sind zu unsicher, Maßnahmen wurden zu spät getroffen.

Zur heutigen Landespressekonferenz der Kultusministerin Theresia Schopper blieben aus Sicht des bildungspolitischen Sprechers der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**, zu viele Fragen offen, um von einem sicheren Start in das neue Schuljahr zu sprechen. Er sagt dazu:

„Das Kultusministerium ist mit den geplanten Maßnahmen viel zu spät dran und es ist fragwürdig, ob diese auch umfassend und schützend genug sind. Ich erwarte von der Ministerin, dass sie die warnenden Stimmen der Lehrerverbände hört und zu Beginn des neuen Schuljahrs nicht zu sehr lediglich auf das Prinzip Hoffnung setzt. Sowohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, als auch der Berufsschullehrerverband sowie der Philologenverband erklärten auf ihren jeweiligen Landespressekonferenzen, dass sie die getroffenen Maßnahmen der grün-schwarzen Landesregierung für nicht ausreichend halten.

Vor allem die Kinder unter 12 Jahren müssten viel stärker im Fokus der Ministerin stehen. Wie kann es sein, dass hier in den Klassenzimmern nicht überall Luftfilter zum Einsatz kommen? Die Richtlinien hierfür wurden zu spät erlassen, dabei müssten die Geräte jetzt zur Verfügung stehen und nicht erst im Winter oder gar im Frühjahr.

Dass die wichtigen Werbe- und Aufklärungskampagnen für das Impfen nicht am ersten Schultag starten, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt, ist für mich völlig unverständlich. Gerade bei diesem Thema brauchen die bereits jetzt schon stark belasteten Schulleiterinnen und Schulleitern dringend umfassende Unterstützung durch die Landesregierung.

Dass Ministerin Schopper auch heute wieder betonte, sie wolle kompromisslos an G8 für die allgemeinbildenden Gymnasien festhalten, zeigt ihre Praxisferne. Die Pandemie und die damit einhergehenden Lernrückstände wären ein weiterer wichtiger Grund für mehr Wahlfreiheit an den Gymnasien gewesen. Die FDP/DVP-Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler im Land eine Wahlfreiheit bekommen, ob sie das Abitur in 8 oder in 9 Jahren absolvieren wollen.“